

**30.11.2023**

## **Frust bei Polizeibeamten – Senat blockiert angemessene Bezahlung**

Durch die Überschneidung von haushaltsloser Zeit in Bremen Anfang 2024 und dem festem Beförderungstermin am 01.01. eines jeden Jahres bei der Polizei Bremen, fallen die vom Senat zugesagten über 120 Hebungen bei der Polizei weg. Hebungen sind zusätzliche Beförderungsposten, z.B. von A9 zu A10, um die langjährigen Unterdeckungen in der Polizei abzubauen. Dort leisten viele Kolleginnen und Kollegen z.B. für A9 Dienst, obwohl sie jahrelang auf einer A10-bewerteten Stelle sitzen und somit schlichtweg unterbezahlt sind. Der Frust in der Belegschaft ist groß, gerade in Zeiten von hunderttausenden Überstunden und viel zu wenig Personal.

„Bremen hat schon die Studienplätze für Oktober diesen Jahres bei der Polizei erstmals deutlich nicht voll bekommen und nun trägt man erneut eine unnötige Debatte auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen aus. Der Frust durch Überbelastung, dem politisch hausgemachten Personalmangel und die hohe Arbeitsbelastung steigt, die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich im Stich gelassen. Dabei geht es eigentlich nur um eine gerechte und ihnen zustehende Bezahlung für ihre Aufgaben, das mindeste an Wertschätzung. Wenn so etwas nicht einmal eigenständig von der Politik gelöst wird, wie will man zukünftig noch junge motivierte Kolleginnen und Kollegen für Bremen gewinnen?“ so Bernard Soika, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

„Wir fordern ein, dass die politisch Verantwortlichen eine Lösung finden, unsere Kolleginnen und Kollegen schnell zu einer gerechten Bezahlung kommen und die Hebungen auch zur kommenden Beförderungsrunde noch umgesetzt werden, um weiterhin eine motivierte Polizei in Bremen vorzufinden.“ so Bernard weiter.

In Bremen und Bremerhaven sind derzeit weit über 1400 Polizeibeamte mindestens einfach unterdeckt, das heißt sie bekommen nicht die Besoldung, die Ihnen eigentlich nach Bewertung ihrer Stelle zusteht.

Vor dem Hintergrund der schleppend laufenden Tarifverhandlungen, bei denen die Arbeitgeber noch kein Angebot vorgelegt haben, ist das ein weiterer Tiefschlag gegen die Polizistinnen und Polizisten des Landes. Der Senat scheint seiner Polizei offenbar nicht wohlgesonnen.